

# Rosfische



# Zeitung

10 Pfennig

Geogr. Anst.

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Ullstein.  
Redaktion im Anst. d. Handwerker: Carl Misch, Berlin, Ullstein.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs (A 7) 5000-3665  
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3666-3668. Telegramm-  
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 926

## Zentrums-Erfahrungen in der Regierung

Eine Rede des Abgeordneten Gueraud

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Abgeordneter Gueraud, hat gelegentlich einer Zentrumstagung in Saarbrücken beachtenswerte Ausführungen über die Erfahrungen seines Partei in der Regierung gemacht:

„Wenn man unter bisheriges Wirken in der neuen Koalition ablesen kann, dann wird man feststellen müssen, daß wir keinen Fuß breit von dem Reichstagen-Ansitz abgewichen sind. Wir waren uns selbstbewußt, bewußt, daß wir in der neuen Koalition äußerste Besorgnis walten lassen mußten. Darum wurden ja auch die Richtlinien von dem Reichstagen durchgedrückt, die Arbeit des Reichstages-Gesetzes werden sind. Ich habe damals im Reichstag gesagt, daß es uns mit diesen Richtlinien bitter ernst ist, und ich habe darauf hingewiesen, daß Angriffe auf die Verfassung, auf den Reichstagspräsidenten, auf die Reichsregierung, dem Sinne und den Absichten der neuen Regierung widersprechen. Wir haben nicht in einer Reihe von parlamentarischen Werten eine Einstellung gefunden, die dem nicht entspricht. Wenn Sie anbauern von Schwarz-Rot-Gelb sprechen, so ist das eine absichtliche Verächtlichmachung der offiziellen Reichsflagge, die aufs schwerste gegen die Richtlinien verstoßen ist, und die wir uns unter keinen Umständen gefallen zu lassen gedulden sind. Wir werden demnach die bestmögliche Reaktion in dieser Beziehung herbeiführen müssen. Darin wird ich mich mit der ganzen Zentrumsmehrheit und mit der ganzen Zentrumspartei einig: Je wo dieser gegen die Dinge nicht mehr...“

„...dann wird man sprechen, wenn man parteielllos und unbefangenen die Dinge betrachtet, daß diese Arbeit von dem alten Orte des Zentrums getragen ist, von dem Geiste der Anstrengung der Verwirklichung und des sozialen Fortschritts. Ich erinnere hier nur an das Republikanische. Damals haben eine Reihe deutschnationaler Führer in den verschiedenen Ländern verschiedene Arbeit geleistet, auf die ich nicht eingehen möchte, dahinter müssen wir einen Punkt machen, der heute noch unsere Aufmerksamkeit verdient: Unsere Antwort auf diese Arbeit kann nur die Verwirklichung des Republikanischen sein. Auch selbst Tages ist der Antrag eingebracht worden, und die Deputierten haben ihn zugestimmt. Sie können sicher sein, wir werden auch in Zukunft sich darauf geben, daß unsere Verfassungen keinen Schaden erleiden. Im Reich selbst wie vor einer neuen Aufgabe. Es sind noch viele Aufgaben zu lösen, und außerdem werden wir die Regierung der Weimarer Republik, die der preussische Staat auf Grund gänzlich verlorener Rechte in Höhe von jährlich 60 Millionen Mark an eine Reihe von Landesherren weitergab. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diesen Seiten kein Wegfall über die allgemeine Umwertung hinaus gegeben werden darf. Alles andere wäre ein Raub an deutschen Werten. Darüber sind wir uns mit den Kollegen der preussischen Zentrumsmehrheit einig.“

„Dann wird die Frage Preußen und Reich. Es hat da in der Vergangenheit vielfach bedeutende Erweiterungen und Fehler gegeben und dort gegeben. Ich habe seinerzeit selber Veranlassung genommen, mich mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brüning auseinanderzusetzen. Wir für unsere Zeit werden in Zukunft in dieser Frage weniger Schwierigkeiten haben, nachdem wir eine viel enger Verbindung zwischen der Reichsregierung und der Zentrumsmehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hergestellt haben. Von mancher Seite wird die Doppelregierung des Zentrums im Reich mit den Deputierten und in Preußen mit den Sozialdemokraten für schwer erträglich gehalten. Ich muß von mir persönlich sagen, daß ich nicht auf diesem Standpunkte stehe, sondern ich für durchaus erträglich halte.“

„Als Gegenstück zur Rede des Grafen Westphal auf dem deutschnationalen Parteitag, ist die des Zentrumsvizepräsidenten Gueraud recht interessant. Wichtig ist, was Abgeordneter Gueraud über die Abfindung der Ständeherrn sagte. Die preussische Regierung führt seit mehreren Monaten einen Kampf darum, daß die Renten der sogenannten Ständeherrn jüngerlich höher ausfallen sollen, als für die Reichsmitglieder. Unter der Führung Bergels haben die deutschnationalen Mitglieder des Reichstages nicht für die Ständeherrn gegen die preussischen Vorläge eingestimmt. Wenn das Zentrum im Reichstagsrat die preussischen Standpunkte unterstützt, dann darf man erwarten, darauf rechnen, daß das Volkstum und Volkswohlstand bei der Abfindung der Ständeherrn nicht so verschleudert wird wie bei der Abfindung der Bödenjöhren.“

„Das heute morgen mittelste Brieftelegramm des Grafen Westphal an den Reichspräsidenten v. Hindenburg anläßlich der Zentrumsfeier ist, wie von unserer amtlichen Seite bekannt wird, ohne Zweifel noch einem amtlichen Stellen veröffentlicht worden. Auch eine etwaige Antwort Hindenburgs an Wilhelm II. würde eine rein private Angelegenheit sein, um welche Anstalten sich nicht kümmern.“

## Stresemann spricht zur Abrüstung

### Vor der Rückkehr aus Genf

Das Thema von der Abrüstung wird in Form der bekannten gemeinsamen Resolution, welche die drei Prinzipien des Schlichtergerichts, der Sicherheit und der Abrüstung miteinander verbindet, die Volkerversammlung des Völkerbundes am Freitag und Sonnabend befristigen. In einem dieser beiden Tage wird auch Reichsgruppenleiter Dr. Stresemann seine anfängliche Äußerung abgeben. Die Arbeiten des Völkerbundes werden Mitte nächster Woche ihren Abschluß finden. Dr. Stresemann wird aber voraussichtlich am Sonnabend Genf verlassen und Mitte kommenden Woche seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen.

### Geltige Zusammenarbeit der Nationen

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

20. September

Im Bismarck des Völkerbundes erstellte heute der deutsche Delegierte Dr. Freytag seinen Bericht über die Arbeit der Völkerversammlung für die nächste Zusammenkunft. Mitglieder der rumänischen Delegation General Baracrescu

sprach noch der französische Delegierte Blaisant über die Hoffnungen, die sich auf die künftige Entwicklung des Pariser Instituts für geistige Zusammenarbeit beziehen. Blaisant ist, daß dieser nur Österreich, Italien, Ungarn, Frankreich, Polen, die Schweiz und die Tschechoslowakei Beiträge an dieses Institut leisten. Freilich trägt daran die Kommission für geistige Zusammenarbeit am Teil selbst Schuld durch die bisweilen allzu engherzige Auffassung ihrer Aufgaben. Immerhin ist das über die Hoffnungen, die der Bericht über in seinem Bericht befrucht, nicht unerschütterlich und verdient eine härtere Anteilnahme aus der großen Staaten (von denen übrigens Deutschland in seinem Beitrag bereits in hohem Ausmaß gestellt hat). Von allgemeinerem Interesse sind die Vorträge von der Erhaltung der Volkstum, an denen die Rumpfabteilung des Pariser Instituts lebhaften Anteil nimmt.

Über die Befristung der Pressekonferenz wurde von der Brodrecht-Regien berichtet, daß die Resolution über die Tarife für Telegramme und Telefon, auf die für die Tarife für die Presse, über internationale Ausweise für Journalisten bereits an die Presseabteilung des Völkerbundes übergeben worden. Mit den Resolutionen über das Eigentumsrecht an Nachrichten und die Fernschlüsselung für Journalisten usw. wird sich der Rat in seiner Überarbeitung beschäftigen.

## Die russisch-französischen Verhandlungen

### Pressedecke gegen Briand

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

20. September

Das Dementi, das gestern von französischen Außenminister Briand in der Sitzung des „Alltag“ von einer französischen Demarche in Moskau wegen der Abrüstung des Sowjet-Russlands bekannt gegeben wurde, hat die Gegner Briands von neuem in Harnisch gebracht. Die Wütter der Rechten werden in den nächsten Ausdrücken dem Außenminister vor, daß er in der Angelegenheit überhaupt nichts tue, ja sogar den durch seine Herzig geborene Unverschämtheit unter ein Wankeln der Sowjet-Russlands dem Reichs „Angekommenen“ Vorbedingung auch noch habe. Die ist natürlich eine bewußte Verleumdung des Textes des Dementis, in dem ausdrücklich angegeben war, daß der französische Vorkämpfer in Moskau die Sowjetregierung darauf aufmerksam gemacht hat, daß ein Personalwechsel in Paris die russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wesentlich erleichtern würde.

Nach der „Alltag“ gibt sich mit dem Dementi nicht zufrieden, sondern veröffentlicht heute in großer Aufmachung eine Erklärung, worin er seine geistige Stellung über die Demarche des Vorkämpfers vertritt in Moskau in aller Form zurücksetzt.

### Bare Tatsachen

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

20. September

In der physikalisch richtigen Annahme, daß auch in politischen Verhandlungen, besonders wenn sie einen wirtschaftlichen Charakter haben, nicht zuletzt auch „Bald reden“ kann, hat die Sowjetregierung sich zu einem Schritt entschlossen, der die russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen früher in Fluß bringen soll. Das Außenministerium hat den russischen Vorkämpfer in Paris bekannt gegeben, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die Sowjetregierung bereit ist, um eine weitgehende teilweise Verzichtung der Zinsprämissen französischer Anleihebesitzer zu ermöglichen, innerhalb der nächsten sechs Monate bei einer von der französischen Regierung zu bestimmenden Summe von 20 Millionen Goldfranken einzuzahlen.

Wichtig ist bei der Beurteilung der Außenminister Briands, die Vorkämpfer in Paris, die offiziellen Sowjet-Delegationen-Berichte eine Erklärung gegeben; in der es über die in einem Teil der französischen Presse erhobene Behauptung, eine Veränderung in der Außenpolitik ist nicht erfolgt, wörtlich heißt: „Ich behaupte entschieden und ermächtigend Sie“ öffentlich mitzuteilen, daß zwischen der Sowjetregierung und der französischen Delegation eine vollständige Verständigung in der Außenpolitik erfolgt worden ist. (Ein allgemeines Übereinstimmen ist lediglich beabsichtigt.)

nicht unterzeichnet worden, weil die französische Delegation unter Briand keine Betreffend Kredit nicht nicht angenommen hat. Es ist zwar in der Resolution eine Veränderung erfolgt worden, jedoch besteht noch keine Einstimmigkeit über das Ausmaß der Rechte.“

### Schon ein Gegendementi

Paris, 22. September. (M. Z. A.)

Die Agentur „Havas“ veröffentlicht folgende aus offizieller Quelle stammende Auslassung: „Die von Litwinow aufgestellte Behauptung, daß in der Schuldenfrage eine allfällige Einigung erfolgt ist, und eine solche in der Frage der Rechte in Aussicht steht, entspricht keineswegs den Tatsachen. Die französische Delegation hat die russisch-französischen Schuldverhandlungen und in Kürze in einer eingehenden Erklärung die Dinge klargestellt.“

## Fühlungsnahme mit dem Nationalrat

Reichstagsberatungen zur Strafrechtsreform

In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform berichtete Reichstagsgruppenleiter Frey über seine Eindrücke von den Verhandlungen über den Strafrechtsentwurf im Wiener Nationalrat. In den Beratungen ist Frey hervorzuheben, daß alle Parteien, auch die Oppositionsparteien, mit der österreichischen Regierung in dem Wunsch einig sind, die Arbeiten an dem neuen Strafrechtsentwurf zu fördern und sie, wenn irgendmöglich, zum erfolgreichen Abschluß zu bringen und die Reichstagsarbeit mit Deutschland auf diesem wichtigen Rechtsgebiet herzustellen.

Der Ausschuss verhandelte alsdann über einen sozialdemokratischen Antrag, einen der faktionellen Zusammenfassung des deutschen Reichstages für die Strafrechtsreform entprechenden Unteranspruch einzulegen, bei der Aufgabe haben soll, mit einem entsprechenden Ausmaß des Strafrechtsreform des österreichischen Reichstages über den Strafrechtsentwurf zu unterstützen gemeinsamen Beratungen aufzunehmen. Nach längerer Aussprache wurde die Abstimmung über den vorliegenden Antrag zunächst zurückgestellt. Dagegen wurde in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit entsprechenden Mitgliedern des österreichischen Nationalrats in Verbindung zu nehmen, um eine entsprechende Verständigung hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.









